

Antrag Nr. 5

der Fraktion FCG-ÖAAB

an die 184. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 4. November 2025

Betriebliche Vorsorge stärken

Die Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer fordert das Bundesministerium für Finanzen auf, eine Erhöhung des Freibetrages gemäß § 3 Abs 1 Z 15 lit a EStG auf monatlich 50 Euro und jährlich 600 Euro vorzunehmen sowie den Freibetrag mit einer automatisierten Wertanpassung, zB Verbraucherpreisindex (VPI), zu verknüpfen.

Begründung:

Der Gesetzgeber unterstützt die zweite Säule der Altersvorsorge (betriebliche Vorsorge) unter anderem durch die Steuerfreiheit von Zuwendungen des Unternehmens für die Zukunftssicherung seiner Arbeitnehmer:innen. Unternehmen können gemäß § 3 Abs 1 Z 15 lit a EStG bis zu 300 Euro pro Jahr steuerfrei an Mitarbeiter:innen für deren Zukunftssicherung investieren. Es handelt sich hierbei um einen Freibetrag: Zuwendungen bis zu dieser Grenze bleiben steuerfrei, während darüberhinausgehende Beträge als geldwerter Vorteil gelten und entsprechend lohnabhängige Abgaben nach sich ziehen. Dieser Freibetrag ist nahezu seit 40 Jahren unverändert geblieben und würde heute bei einer Indexierung rund 1.270 Euro pro Jahr betragen. Die derzeitige Höhe des Freibetrags sowie die fehlende Valorisierung führt dazu, dass die Zukunftssicherung lediglich in einem geringen Maße in Anspruch genommen wird.

Grundsätzlich stehen zwei Modelle zur Wahl:

- Gehaltsumwandlung: Die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer:innen vereinbaren, dass der Arbeitgeber monatlich 25 Euro bzw. jährlich 300 Euro vom Bruttogehalt der Arbeitnehmer:innen einbehält und diesen Betrag für die persönliche Zukunftssicherung der Arbeitnehmer:innen aufwendet.
- Freiwillige Gehaltserhöhung: Der Arbeitgeber zahlt pro Arbeitnehmer:innen 300 Euro zusätzlich zum normalen Gehalt für die Zukunftssicherung.

Um die betriebliche Vorsorge weiter zu stärken, ist eine Anpassung des steuerlichen Freibetrages auf monatlich 50 Euro und jährlich 600 Euro sowie die automatisierte Wertanpassung durch zB eine Koppelung an einen Index erforderlich.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich